

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 06/2010

Erster Haushalt der neuen Regierung- Persönliche Notizen

Haushaltsgesetz 2010 steht im Zeichen von Krisenbewältigung und Konsolidierung

Wegen der im letzten Herbst abgehaltenen Bundestagswahl und der sich daran anschließenden parlamentarischen Konstituierungen der Gremien des Deutschen Bundestages kam es erst in dieser Woche zur abschließenden Lesung des Haushaltsgesetzes für das bereits begonnene Haushaltsjahr 2010.

Dies ist nach Bundestagswahlen kein ungewöhnliches Verfahren. Anders aber als zu Beginn der letzten Legislaturperiode 2005/2006 verabschiedete die christlich-liberale Regierungskoalition in dieser Woche das Haushaltsgesetz drei Monate früher als ihre Vorgängerregierung. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen zeigen damit vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Handlungsfähigkeit.

In der Generalaussprache zum Bundeshaushalt schwor die Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der größten Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik die Bürger auf **härtere Zeiten** ein. "Wir werden **schwierige Sparmaßnahmen** vor uns haben", betonte Merkel mit Blick auf das strukturelle Haushaltsdefizit von 66 bis 67 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2015. "Das

heißt, wir müssen pro Jahr zehn Milliarden Euro abbauen". Dies sei nur mit einem **"harten Sparkurs"** möglich.

Der Haushalt 2010 ist ein Übergangshaushalt, in dem sich die finanziellen Auswirkungen der noch nicht überwundenen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise widerspiegeln. Erste Ergebnisse bei der Stabilisierung bestätigen die erfolgreiche Politik der neuen Koalition bei der Krisenüberwindung.

Es ist gegenüber den Erwartungen der Bundesregierung noch im Dezember 2009 bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs unter anderem eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu spüren, die den Haushalt entlastet. So konnte allein der Zuschuss der Bundesanstalt für Arbeit um 3,2 Milliarden Euro gesenkt werden. Jedoch kann noch keine Entwarnung gegeben werden.

Mit dem in der vorvergangenen Woche mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP verabschiedeten Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz hat die Koalition aber einen Schutzschirm für den Arbeitsmarkt gespannt.

Die Nettokreditaufnahme in 2010 wurde im Ergebnis um 5,9 Milliarden Euro auf 80,2 Milliarden Euro gesenkt. Daran erkennt man den ausgeprägten Willen der christlich-liberalen Koalition zur Konsolidierung. Eine derartig hohe Absenkung in den Beratungen des

Haushaltsausschusses und dann in dieser Woche im Deutschen Bundestag gegenüber einem Regierungsentwurf gab es zuletzt noch vor der rot-grünen Regierung.

An diesen Erfolg knüpft die neue christlich-liberale Koalition an. Der Haushalt 2010 ist Grundlage für den ambitionierten Konsolidierungspfad der nächsten Jahre und ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse. Ab 2011 ist die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 2016 ist für die Koalitionshaushälter das gebotene Ziel.

Trotz der beachtlichen Kürzung insgesamt sind die Ausgaben für öffentliche Investitionen für die Bewältigung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von großer Bedeutung. Hier müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Daher werden die Investitionsausgaben auf ihrem bisherigen Niveau gehalten, die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sogar weiter erhöht. Gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ist es wichtig, dass Deutschland als großes Mitgliedsland bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und mit seiner Haushaltspolitik als Stabilitätsanker dient.

Vor dem Hintergrund der Überschuldung Griechenlands plädierte die Bundeskanzlerin zum Abschluss ihrer Haushaltsrede dafür, langfristig die Möglichkeit zum **Ausschluss eines Landes aus der Euro-Zone** zu schaffen.

Erinnerung an erste freie Volkskammerwahl

"Ich werde, solange ich lebe, zu jeder freien Wahl gehen!" Mit diesen Worten schloss Dr. Lothar de Maizière unter großem Beifall seine Rede zum 20. Jahrestag der ersten freien Volkskammerwahl der DDR. Der letzte Ministerpräsident der DDR war Hauptredner in der Feierstunde des Bundestages an diesem

Donnerstag, 18. März 2010, im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes.

Zuvor hatte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert an die Bedeutung dieser Wahl erinnert: "Man musste damals 79 Jahre alt gewesen sein, um bereits einmal in seinem Leben frei gewählt zu haben - 1932 mit damals 21 Jahren bei den letzten Reichstagswahlen, die diesen Namen verdient hatten."

Am 18. März 1990 konnten die Menschen in der damaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden. Vertreter der Unionsfraktion erinnerten daran, dass die Entscheidung der Wähler eindeutig war: drei Viertel der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für Parteien ab, die sich für eine schnelle Wiedervereinigung einsetzten.

Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer. Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, nach Unterdrückung und sozialistischer Misswirtschaft votierten die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. Sie stimmten für die Werte des Grundgesetzes. Und sie machten klar, wem sie den politischen Weg zu einem gesamtdeutschen Staat am ehesten zutrauten: Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union in Ost und West.

Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung und schuf die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Regierung der DDR unter Führung von Lothar de Maizière und der Bundesregierung, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Der 18. März 1990 verdient deshalb einen Ehrenplatz unter unseren Gedenktagen.

Mappus zu Gast in Berlin

Erstmals nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg

besuchte Stefan Mappus in dieser Woche die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag. Vor den Bundestagsabgeordneten zeichnete er die politischen Ereignisse der letzten Monate in Baden-Württemberg nach und beleuchtete aus seiner Sicht die verschiedenen Stationen, die in die Übernahme der Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten mündeten.

Kindesmissbrauch verhindern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Verhinderung von Kindesmissbrauch. Aufgabe des Runden Tisches muss es sein, die Prävention zu verbessern. Dafür ist ein breiter Dialog nötig, an dem Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Akteure teilnehmen. Eine Verengung auf eine spezielle Gruppe würde dem Ansinnen, die Zahl der Fälle von Kindesmissbrauch präventiv deutlich zu senken, nicht gerecht werden.

Es ist selbstverständlich, dass auch Vertreter des Bundesjustizministeriums zu diesen Gesprächen eingeladen werden, auch wenn juristische Aspekte nicht im Zentrum der Initiative der Bundesfamilienministerin stehen. Denn es geht nicht primär um strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen, sondern vor allem um zivilgesellschaftliche Prävention und Verhaltensregeln im Umgang mit Kindesmissbrauch.

Zitat

«Wer Wahlergebnisse vorfertigt oder verfälscht, oder vorgefertigte oder verfälschte in Umlauf bringt, wird mit einer Ausreisequote nicht unter 50.000, mit einer Botschaftsbesetzung nicht unter 3 Monaten und einer Protestdemonstration nicht unter 10 000 Teilnehmern bestraft.» (Bundestagspräsident Norbert Lammert zitiert am 18.3. im Bundestag in Berlin anlässlich der freien DDR-Volkskammerwahlen vor 20 Jahren aus einem Protestaufruf zu einer Demonstration gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR vom Mai 1989)

Persönliche Notizen

1.

Aus dem Besuch unseres Ministerpräsidenten halte ich zusätzlich fest:

a. Unser Ministerpräsident Stefan Mappus machte deutlich, dass der Straßenbau wie auch der Eisenbahnbau in Baden-Württemberg völlig unterfinanziert sei. In den nächsten 4 Jahren werde es kein Geld für neue Projekte geben!

Nur rund 2 Milliarden Euro planfestgestellte Bauverfahren im Bundesstraßenbau, jährlich seien dafür nur rund 220 Millionen Euro verfügbar. Er bat Berlin bzw. die Fraktion um Unterstützung für eine bessere Finanzierung. Der Länderfinanzausgleich, in den Baden-Württemberg jährlich 2 Milliarden Euro einzahle, sei bis 2019 festgeschrieben. Es gäbe nur 3 Zahler und 13 Nehmerländer!

b. Im Bereich der Energiepolitik sieht Ministerpräsident Mappus drei Kriterien: Energie-/Versorgungssicherheit, 2. stimmiger Preis, 3. Co2-Reduzierung. Laut einer SWR-Umfrage vom Februar 2010 seien in Baden-Württemberg 39 % der Bevölkerung für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, für einen Ausstieg sobald als sinnvoll und möglich sprachen sich 51 % aus. Nur 4 % sind für den sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft.

Ministerpräsident Mappus sprach sich für eine sinnvolle Förderung und einen zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien aus, Ziel sei es bis 2020 noch etwa 50 % des Stroms im Baden-Württemberg aus Kernkraftwerken (zur Zeit 60 %), 30 % an Erneuerbaren Energien (zur Zeit 20 %) und zu 20 % aus fossilen Brennstoffen (zur Zeit 40 %) zu gewinnen.

2.

Hinsichtlich der Verkehrslage auf der B 29 und der L1060 wurde vergangene Woche durch eine Indiskretion bekannt, dass die bayerische Staatsregierung eine Fortsetzung der Sperrung der B 25 beabsichtigt, voraussichtlich ab 01. April 2010. Dies, ohne Einhaltung der Zusage, unsere Heimat Anfang März anzuhören und ein Gutachten auszuwerten.

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Vereinte Anstrengungen der Landräte des Ostalbkreises und des Donau-Ries-Kreises sowie unserer Abgeordneten haben dazu geführt, dass der bayerische Innenminister nun für den 22. März nach München zum Gespräch geladen und sein Gutachten übermittelt hat. Diese Einladung erfolgt viel zu kurzfristig, so dass auch ich nicht daran teilnehmen kann.

Mit Rückendeckung unserer Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner werden wir voraussichtlich eine notwendige Sperrung von Straßen (z.B. L1060, B 29) für den Mautausweichverkehr dann beantragen, sollte Bayern die Sperrung fortsetzen.

Wichtig dabei ist, Sperrung ist keine dauerhafte Alternative! Durch die Sperrungen dürfen beabsichtigte Ortsumfahrungen nicht gefährdet werden. Aber die tödlichen, durch Mautausweichverkehr verursachten Unfälle vergangener Woche und die permanente Belastung unserer Bevölkerung z.B. entlang der L1060 brauchen eine realistische Antwort! Natürlich bedingt dies viele Ausnahmeregelungen für unseren „Quell- und Zielverkehr“.

Mein Dank gilt allen Beteiligten, die an diesem Lösungsansatz mitgewirkt haben. Über das Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dr. Andreas Scheuer MdB, berichte ich im nächsten Kiesewetter kompakt.

3.

Aus der weiteren Wahlkreisarbeit vom 06. bis 14. März halte ich fest:

a. Aktive FrauenUnion im Wahlkreis zum Internationalen Frauentag, beeindruckende Vorträge von beruflich selbständigen Frauen in Heidenheim.

b. Beim IHK-Handelsausschuss informierte ich mich umfassend über die Herausforderungen der Einzelhandelsbetriebe. Bürokratische Auflagen, hohe Mehrwertsteuer und Konsumzurückhaltung belasten bei grundsätzlich optimistischer Stimmung.

c. Drei Veranstaltungen mit den Ortsverbänden der SeniorenUnion Neresheim, Welland-

Kocher-Lein und Hüttlingen sowie Oberkochen zeigten wie engagiert unsere Senioren sind und wie aufmerksam und kritisch sie die aktuelle politische Lage begleiten.

d. Sehr erfreulich war ein zweistündiges Gespräch mit den Aalener Konfirmanden, über das auch umfassend in der Presse berichtet wurde. Eine lebhaft, aufmerksame junge Generation, eine Freude, mit ihnen zu diskutieren.

e. Mit einem Besuch bei der Polizeidirektion Heidenheim habe ich meine Antrittsbesuche fortgesetzt.

f. Die spannendste und vielleicht schwierigste Veranstaltung der Woche war eine rund vierstündige Diskussion mit dem Kreisagrar-ausschuss der CDU und etwa 50 Landwirtinnen und Landwirten. Unsere Landwirte, aber auch die Vertreter vom Bauernverband, vom BDM, dem Landratsamt usw. brachten viel Sachverstand und Expertise ein. Themen waren u.a. die Milchpreise, Erneuerbare Energien, Zukunft der Landwirtschaft und vor allem die Berufsperspektiven. Mir hat es viel Freude gemacht.

g. Herzliche Glückwünsche an unseren MdL Bernd Hitzler von der CDU Kreisverband Heidenheim, 1010 von 111 Stimmen bei einer Enthaltung.

h. Ein voller Erfolg war die Ausbildungs- und Studienmesse in der Agentur für Arbeit und im Landratsamt in Aalen, viele gute Gespräche und Anregungen.

i. Ein Treffen mit Martin Schneider, dem neuen CDA-Kreisvorsitzenden, eine Dankesfeier mit der JU Aalen, Westhausen und Oberkochen für den erfolgreichen Wahlkampf, eine spannende CDU-Jahreshauptversammlung in Zöbingen und die Verabschiedung von Dr. Buschhoff als Vorsitzender des Eugen-Jäkle-Gaus rundeten eine erfüllte Woche ab.

Beste Grüße

Herzlich Ihr und Euer Roderich Kiesewetter